

Haushaltskompromiß: Nur Belastungen und noch mehr Existenznöte

Von Peter Helmes

Täglich ein neuer Ampelschreck

Die Haushaltseinigung wird das Leben der Menschen in Deutschland teurer machen, mal wieder. Nicht für alle gleich viel, und nicht für jeden ist das ein Problem. Aber teurer als vor dem Kompromiß wird es jedenfalls – und leiden werden besonders wieder mal die Ärmsten und der Mittelstand.

Viele Bürger haben gedacht, sie hätten jetzt schon alles erlebt in Sachen Ampelregierung. Schlimmer geht aber immer – daran hat uns Robert Habeck am vergangenen Samstag brutal erinnert. Ärgern sollte man sich darüber, wie die Koalition nun die Milliardenlöcher im Etat 2024 zu stopfen versucht.

Der CO₂-Preis fürs Heizen und Tanken soll nächstes Jahr nicht nur, wie bisher geplant, von 30 auf 40 Euro steigen, sondern gleich auf 45 Euro. Und das weiterhin, ohne die Einnahmen daraus als Klimageld an die Menschen zurückzuzahlen. Die Netzentgelte werden nicht mehr mit 5,5 Milliarden Euro vom Staat subventioniert, was den Strom für Verbraucher künftig teurer machen wird.

Tiefschlag gegen die Mobilitätswende

Das jähe Ende des Umweltbonus für elektrische Autos – von 4.500 Euro Förderung auf Null beim Kauf neuer E-Autos. Mal eben so! – beschädigt die Glaubwürdigkeit der Transformationspläne, die der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck für Verkehr und Autoindustrie propagiert hat. Das wird gravierende Folgen für die Elektromobilität in Deutschland haben. Zur Erinnerung: Das Ziel war, die Zahl der Elektrofahrzeuge auf 15 Millionen im Jahr 2030 zu steigern.

Stattdessen werden die Zahlen im neuen Jahr nach Jahren des Wachstums voraussichtlich massiv einbrechen. Da kleinere und vor allem günstigere E-Autos immer noch Mangelware sind, war es vor allem die staatliche Förderung, die viele Verbraucherinnen und Verbraucher überhaupt erst zum Kauf eines vollelektrischen Fahrzeugs bewegt hat. Die Entscheidung von Robert Habeck ist ein Tiefschlag gegen die Mobilitätswende.

Am Sonntag um Mitternacht hat der Bundeswirtschaftsminister die Förderung beim Kauf von E-Autos auslaufen lassen. Planbarkeit sieht für Verbraucher anders aus. Selbst Kunden, die vor der Verkündung des Förderstopps ihr E-Auto gekauft haben, aber noch keine Zulassung haben, gehen leer aus. Eine Frechheit, die sicherlich eine Klagewelle gegen den Staat auslösen wird!

Daß harte Vorschriften nicht über Nacht Verbraucher und Industrie umpolen können, hatte doch schon das völlig verpatzte Heizungsgesetz gezeigt! Nun steht die Bundesregierung auch auf dem Automarkt vor Enttäuschungen und mageren Resultaten für ambitionierte Pläne. Autofahrer an neue Technik zu höheren Preisen heranzuführen, erfordert Geduld und Beständigkeit – das Gegenteil dessen, was nun beim Umweltbonus geschieht, auch wenn man Wirtschaftlichkeit und Treffsicherheit dieser Subvention bezweifeln kann.

Zugleich laufen die Strom- und Gaspreisbremsen nach dem Verfassungsgerichtsurteil zum Jahreswechsel aus. Und der Wegfall der Subventionen für Agrardiesel wird die Lebensmittelpreise weiter erhöhen.

Der Frust und damit der immer lauter werdende Protest der Bauern ist verständlich und geht über die Subvention für den Agrardiesel hinaus. Sie fühlen sich für die Arbeit, die sie leisten, von der Gesellschaft nicht wertgeschätzt. Das gilt vor allem für die konventionelle Landwirtschaft, also knapp 90 Prozent der Betriebe, die von manchen unter eine Art Generalverdacht gestellt werden, der entweder von Ignoranz oder Unwissen geprägt ist.

Die Wut der Bauern ist auch berechtigt. Getroffen wird eine Berufsgruppe, die auf ihren Traktor nicht verzichten kann. Eine Alternative zu den dieselbetriebenen Maschinen gibt es nicht. Zudem ist die Befreiung von der Kfz-Steuer keine Großzügigkeit, sondern ergibt sich aus dem Verursacherprinzip. Straßen nutzen die Landwirte aber wenig. Sie sind mit ihren Schleppern meist auf den eigenen Feldern unterwegs.

Mit einer klimafreundlichen, durchdachten Politik hat die Streichung dieser Subventionen nicht viel zu tun.

Die deutsche Landwirtschaft macht, etwa im Verhältnis zum sonstigen Verkehr, nur einen kleinen Teil der Emissionen aus. Und in der Branche sind es wiederum vor allem Rinder- und Milchviehbetriebe, die den größten Anteil haben. Gegen klimaschädliches Rülpsen der Kühe hilft auch keine Dieselsteuer.

Das sind nur die prominentesten und größten Härten des von der Ampel ausgekugelten Kompromisses. Sie sind nur dadurch erklärbar, weil sich die Regierung nicht darauf verständigen konnte, auf die vielen Milliarden Euro Schulden ein paar weitere Milliarden draufzupacken. Obwohl zwei der drei Partner dazu bereit gewesen wären, und zwar die großen Partner, die Kanzler und Vizekanzler stellen: SPD und Grüne. Die FDP und ihr Finanzminister wollten nicht, damit hatte es sich offensichtlich erledigt.

Die Ampel betont nun fleißig, nicht alles sei schlecht. Es gebe auch Entlastungen, und das stimmt. Die EEG-Umlage für den Ausbau Erneuerbarer Energien müssen Verbraucher nicht mehr zahlen. Viele Arbeitnehmer zahlen künftig weniger Einkommensteuer. Es ließen sich bestimmt noch andere Entlastungen aufrechnen.

Doch mit dieser Aufrechnerei gibt es mehrere logische Probleme: Belastungen und Entlastungen treffen, erstens, meist unterschiedliche Gruppen. Aufschläge auf Verbrauchsgüter wie Sprit oder Lebensmittel schmerzen die Armen mehr als die Reichen. Steuern sind sozial gestaffelt, nicht sozial genug, aber immerhin.

Zweitens wurden alle Entlastungen, die die Ampel nun hervorkramt, früher beschlossen, um die schon damals zahlreichen Krisen abzufedern, als noch keine 60 Milliarden Euro im Haushalt fehlten. Die EEG-Umlage mußte dieses Jahr schon nicht mehr gezahlt werden. (Und während der CO₂-Preis nun stärker steigt, steigt die Entlastungswirkung über den Wegfall der Umlage eben nicht).

Was, drittens, zu der unausweichlichen Erkenntnis führt, daß die Preise jetzt selbstverständlich nicht so stark steigen würden, wenn die Ampel all die Belastungen der Haushaltseinigung vermieden hätte. Es war eine politische Entscheidung, die sie auch anders hätte treffen können. Die Bundesregierung trägt dafür die Verantwortung. **In einer Situation wohlgeerntet, in der die Reallöhne in Deutschland wegen der steigenden Preise seit 2019 ohnehin schon um 7,2 Prozent gesunken sind.** Anders als in Frankreich (nur -0,5 Prozent), Großbritannien (-2,2 Prozent) oder den USA (+2,8 Prozent).

Die neuen Belastungen werden die allermeisten nicht in Existenznöte bringen, auch das Argument stimmt. Aber Gerechtigkeit ist selten etwas Absolutes, sondern relativ: Es geht mir schlechter als meinem Nachbarn, gestern war's besser als heute. Entscheidend ist das Gerechtigkeitsempfinden. Und das darf bei jedem erschüttert sein, wenn er erst versprochen bekommt, in den Krisen nicht allein gelassen zu werden, dann doch belastet wird – und man ihm hinterher noch erklärt, das sei ja alles gar nicht so schlimm. So düngt man wachsenden Frust.

Armselig und feige

Der Haushaltskompromiß weckt damit böse Erinnerungen an die Gasumlage. Damals sollten die Verbraucher einen Aufschlag auf den ohnehin steigenden Gaspreis zahlen, um die Energieimporteure zu retten. Nach wochenlangen Erklärungen, warum das angeblich alternativlos sei, entschied sich die Koalition für die Alternative: ein milliardenschweres Entlastungspaket – finanziert durch Schulden.

Auch heute wächst der Unmut längst, selbst in der Koalition. Der SPD tut weh, daß der Sprit teurer wird und die Förderung der E-Autos nun auch schneller als geplant aufhört. Der grüne Landwirtschaftsminister Cem Özdemir findet es ungerecht, daß seine Bauern nun keine Dieselsubventionen mehr bekommen. Was dazu führt, daß auch Finanzminister Lindner und die FDP das Ganze wieder hinterfragen. Es ist ein großes Tohuwabohu – und ein Armutszeugnis für den Charakter der Handelnden, die bei Gegenwind einfach umknicken. Das ist armselig und feige.

Damals, bei der Gasumlage, hat die Ampel ihren Fehler korrigiert. Heute ist zu befürchten, daß die waidwunde Koalition dazu keine Kraft mehr hat. Die Wirklichkeit aber, von der sie längst umzingelt ist, wird sie spätestens nächstes Jahr bei den drei Landtagswahlen im Osten erwischen. Es dürfte schmerzhaft werden.

19.12.2023